

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Fast ein Jahr ist es her, dass DIE LINKE im Bezirk ihre Mitglieder befragt hat. Wichtiges Ergebnis dessen ist der Beschluss der Hauptversammlung, die am 19.1. zusammentrat. Gestritten wurde auch um Geschichte. Seiten 1, 3, 4

Mit spitzer Feder notiert und pointiert vorgetragen vom Autor selbst. Ein Ohrenschmaus und gut für die Lachmuskeln war die satirische Einlage von Günter Herlt auf der Hauptversammlung der LINKEN im Bezirk Seite 3

Die Jugendseite - die sechste in Folge - mit den Themen: Die schreiben dein Leben auf ... / F wie Frieden / Koch und Co. sowie Tipps, wie man Kontakt zur Linksjugend bekommen kann: Treff am 1. Sonntag im Monat. Seite 7

Monatelange Vorbereitungen haben sich gelohnt!

Monatelange Vorbereitungen, kontroverse Diskussionen, 10 Arbeitsgruppen, ein umfassender Leitantrag und letztlich eine eigene Bezirkssatzung – so könnte man ganz nüchtern die Ergebnisse unserer 2. Tagung der 1. Hauptversammlung beschreiben. Doch wer an jenem Wochenende im Theater am Park dabei war und auch im Vorfeld die kräftezehrende Arbeit des Bezirksvorstandes und der vorbereitenden Arbeitsgruppen begleitet hat, wird sich nicht mit einem derart sachlichen Fazit begnügen. Nein, die vergangene Hauptversammlung war nicht nur ein „Arbeitsparteitag“, vielmehr sind wir in unserem Bezirksverband wieder in den Dialog getreten. Nicht übereinander, sondern wieder miteinander. Über unsere künftigen politischen Schwerpunkte, die Neuausrichtung unserer Strukturen und vielleicht für die meisten am bewegendsten – ein Anfang einer längst fälligen Geschichtsdebatte aus neuen Perspektiven. Ein Stein gab hierzu den Anstoß.

Ein Stein, den die wenigsten wollten, mit dessen Existenz wir uns jedoch nunmehr auseinandersetzen müssen, und wie der Verfasser dieses Artikel findet, auseinandersetzen wollen. Ein Anfang hierzu ist gemacht, Vorschläge für ein individuelles Gedenken gibt es einige, und wer die Tagespresse von Neues Deutschland bis Berliner Zeitung verfolgt hat, wird auch wissen, dass wir uns als Bezirksvorstand dazu deutlich positioniert haben.

Die Hauptversammlung zeigte klar, dass wir uns dieser öffentliche Diskussion gemeinsam stellen und diese fördern wollen. Also tun wir dies, sachlich und fair. Denn wir haben etwas einzubringen in diese Debatte. Die Erfahrungen und Biografien Tausender Genossinnen und Genossen, die sich einbringen wollen, deren Sicht auf die Dinge Ge-

hör finden müssen und deren Vorschläge Teil der Auseinandersetzung sein sollten. Norbert Seichter machte in seiner viel beachteten Rede deutlich,



*Günter Herlt brillierte auf der Hauptversammlung mit einem satirischen Diskussionsbeitrag (siehe Seite 3).
Foto Y. Rami*

dass eines jedoch Grundbedingung für diesen Dialog sein muss – wir dürfen hinter die Ergebnisse des Außerordentlichen Parteitages von 1989 nicht zurückgehen. Wir haben gebrochen mit dem System des Stalinismus – ein für allemal, und dessen Opfer haben ein Gedenken, individuell und sicher zumeist ganz persönlich verdient.

Doch dies war nur eine der vielen spannenden Debatten dieser Hauptversammlung. Mehr als 20 Änderungsanträge zum Leitantrag und sieben zum Entwurf der Bezirkssatzung machen deutlich, dass es gelungen ist, die Basisgruppen zu motivieren, sich einzumischen. Der Großteil dieser Vorschlä-

ge sind nunmehr Teil der Beschlüsse. Doch entscheidend ist, was wir gemeinsam daraus machen – denn wie jeder weiß, ist Papier geduldig und solche Beschlüsse brauchen das Engagement all jener, die sie umsetzen sollen. Das sind sicher der Bezirksvorstand und jene themenbezogenen zehn Arbeitsgruppen, die die Umsetzung begleiten sollen. Doch diese brauchen vor allem die Mitarbeit vieler GenossInnen und damit die Erfahrungen aus unserer bisherigen Arbeit.

Die Diskussion um den vorbenannten Stein haben einen interessanten Nebeneffekt gehabt – unser Bezirksverband hat innerhalb der gesamten Partei Aufmerksamkeit erregt und gezeigt, dass wir uns als „kleiner“ Kommunalverband auch bundesweit einmischen wollen, mit Vorschlägen und Anregungen, Kritik und vor allem Inhalten. Unsere ebenfalls auf dieser Hauptversammlung gewählten Delegierten für den nächsten Bundesparteitag werden eine schwierige Aufgabe haben, denn uns steht eine wichtige Programmdiskussion bevor. Mischen wir uns auch dabei ein, eben nicht nur kommunal, sondern auch bundesweit.

Bjoern Tielebein

Stellvertretender Bezirksvorsitzender

Was gibt's noch?

Seite 2:

Zur Person: Sandra Beyer /
Petra Pau: Im Westen was Neues!

Seite 3:

Günter Herlt: Links ist ... /
Nachgedanken I und II

Seite 4:

Kein Fußbreit den Faschisten! / Aus dem
Bezirksvorstand

Seite 5:

Kommunalpolitisches

Seite 6:

Siedlungsgebiete / Politische Bildung

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

DIE LINKE.

Zur Person: Sandra Beyer

Engagiert für die Chancengleichheit von Frauen

In der jüngsten Hauptversammlung der Linken wurden u. a. die Delegierten zum Bundesparteitag gewählt. Eine davon ist Sandra Beyer.

Aufgewachsen ist die knapp 30-Jährige in einem politisch links orientierten Elternhaus. Die ruhig wirkende Frau ist sozial engagiert, kulturell interessiert und eine Streiterin für die Chancengleichheit von Frauen auf allen Ebenen der Gesellschaft. Obwohl sie nicht mehr im Bezirk wohnt, ist sie ihrer politischen Heimat hier treu geblieben. Gern hat sie ihren GenossInnen in der Basisorganisation zugehört und viel von ihnen gelernt, sagte Sandra in einem Gespräch vor acht Jahren. Sie profitiert noch heute davon. Dazwischen liegen Magisterstudium (Japanologie, Anglistik, Amerikanistik), zehn Monate Japan und viele Erfahrungen. Beruflich würde die literarisch interessierte und gern selbst schreibende Absolventin auf journalistischem Gebiet tätig werden, für einen Verlag oder eine Buchhandlung arbeiten, literarische Übersetzungen verfassen oder eine Lehrtätigkeit aufnehmen. Sie würde auch Nachhilfe erteilen. Nicht um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, denn Sandra lehnt eine Privatisierung der Bildung entschieden ab: „Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und der Bildungsauf-

trag liegt bei der Schule“. Als Mitarbeiterin von MdA Wolfgang Brauer im Abgeordneten-



Sandra Beyer

Foto: Y. Rami

haus ist sie außer bei ihrer Basisgruppe auch in Marzahn-Nord unterwegs. Sandra Beyer

gehört dem Bezirksvorstand der LINKEN an. Sie hat den starken Willen, sich dort einzumischen, insbesondere in die Frauenpolitik. Dazu gehört nach ihrer Meinung der Aufbau von Strukturen für Frauen, die Suche nach geeigneten Themen, die Frauen ansprechen. Als Mitglied der AG Strukturen / Mitglieder / Geschäftsstelle kann sie dafür einen größeren Kreis von Genossinnen sensibilisieren. Junge Frauen will sie gewinnen. Aber auch Angebote für Rentnerinnen müssten entwickelt werden, sagt Sandra, Altersarmut hat immer häufiger ein weibliches Gesicht. In der AG Geschichte / Gedenken / Chronik wird sie sich dafür einsetzen, dass der jungen Generation die Vorbildwirkung von Frauen in geeigneter Weise nahe gebracht wird.

Als Bundesparteitagsdelegierte hat sich Sandra Beyer, auch Mitglied der Bundes-AG LISA*, vorgenommen, neue Vorstellungen von Arbeits- und Lebenswelten und ein modernes Frauenbild in die Debatten einzubringen. „DIE LINKE muss Frauen den Raum geben, inner- und außerhalb von Frauenstrukturen auf ihre eigene Art zu kommunizieren“, sagt Sandra, das ist ihre Forderung.

* Das nächste Treffen findet am 23./24. Februar statt.

Sabine Behrens

Unternehmerfrühstück

Das LINKE WIRTSCHAFTSFORUM
lädt ein zum

3. Unternehmerfrühstück

Freitag, 29. Februar, 9.00 Uhr
im Schloss Biesdorf,
Alt Biesdorf 55, 12683 Berlin

Die Gastgeberinnen

Petra Pau und Dagmar Pohle
haben zu diesem

Frühstück die Senatorin
für Gesundheit, Umwelt und
Verbraucherschutz,

Katrin Lompscher, eingeladen.

Themen des Gesprächs werden
unter anderem sein:

- Die Umweltzone – was bringt sie der Wirtschaft?
- Das Nichtraucherschutzgesetz – Killer des Gastgewerbes?

Petra Pau (MdB):

Endlich auch im Westen was Neues

Zwei Mal brach am Abend des 27. Januar im Karl-Liebknecht-Haus der Jubel aus. Gegen 18 Uhr, als die Wahlprognose der Linken in Niedersachsen den Einzug ins Landesparlament verhieß. Und nochmals nach 19 Uhr, als auch DIE LINKE in Hessen erstmals mit 5 Prozent ausgewiesen wurde. Nun sind es –Bremen eingerechnet – schon drei Verbände der LINKEN, die in Landesparlamenten westlich der Elbe präsent sind. Und die nächsten Landtagswahlen nahen bereits, erst in Hamburg, dann in Bayern.

„Was des einen Freud, ist des anderen Leid“, sagt der Volksmund. Daran erinnerten mich jedenfalls die Gebaren der anderen Parteien vor und nach der Wahl. Die CDU in Hessen und Niedersachsen hatte mit einer Roten-Socken-Kampagne vor dem nahenden Gespenst des Kommunismus gewarnt. Vergebens. Und die SPD spricht noch immer abwertend von der „so genannten Linken“, wenn sie die Partei „DIE LINKE“ meint. Geschenk.

Beides zeigt nur, dass weder die Union noch die SPD ernsthaft darauf vorbereitet waren, dass DIE LINKE sich auch im Westen etablieren könnte. Bis dahin konnte man DIE LINKE

als unmaßgeblichen Exot aus dem ohnehin seltsam tickenden Osten abtun. Nun aber wird es ernst. Die eingeübten Spielzüge sind passé. Das schöne Vier-Parteiensystem ist durcheinander geraten. Das Tohuwabohu von Hessen um die künftige Regierung führt es uns vor Augen. Und schuld ist DIE LINKE, die so genannte, das Gespenst.

Was nur zeigt, wie groß der Realitätsverlust in manchen Köpfen wirklich ist. Denn ohne Ex-Kanzler Gerhard Schröder und seine SPD gäbe es DIE LINKE gar nicht. Mit

ihrer unsozialen „Agenda 2010“, besonders mit „Hartz IV“, riefen sie bundesweit Empörung hervor. Heraus kam eine neue Partei, die WASG. Dann erzwang derselbe Schröder vorgezogene Bundestagswahlen. Heraus kam die Fraktion DIE LINKE. Und dieselbe LINKE hat nun inzwischen bei drei weiteren Wahlkämpfen in den alten Bundesländern erfolgreich gepunktet. Und zwar mit den Themen, die andere noch immer verweisen lassen: soziale Gerechtigkeit, gute Bildung für alle und Frieden. Endlich also auch im Westen was Neues.

Ich war dabei und bekenne mich schuldig.

Jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:

http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

gäbe es DIE LINKE gar nicht. Mit

Günter Herlt: Links ist ...

Ein Diskussionsbeitrag auf der Hauptversammlung der besonderen Art ...

Links ist „Pfui!“ in einem Unternehmerstaat, aber „Pfui!“ macht Spaß, weil die Erde sich – trotz mehrerer Getriebebeschäden – linksrum dreht! Ist DIE LINKE nicht ziemlich überaltert, nachdem nun auch Gysi schon 60 ist? Ja, und? Da bei den Regierenden die 40 Jahre DDR nicht zählen, ist er erst 20 und fällt unter Jugendschutz.

Die Überalterung der Linken erklärt sich auch daraus, dass ihr Manifest 150 Jahre zu früh erschienen ist. Nun müssen wir durchhalten, bis es alle begriffen haben. Linke brauchen gute Lungen, denn der Kapitalismus ist eine besonders zeitraubende Umleitung zum Sozialismus. Viele Erfolge beweisen die Klugheit der Linken. Noch mehr Erfolge beweisen die Dummheit ihrer Gegner. Das lässt uns hoffen.

Der Tageslauf eines hauptamtlichen Linken beginnt mit der Gewissensfrage: Gehe ich ins Internet oder an die Basis? Der kluge Funktionär wird sich stets fürs Internet entscheiden, um die Basis nicht bei der Parteiarbeit zu stören.

Ist es nun so weit gekommen, dass wir zur Verteidigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie antreten? Gewiss, aber der Grund ist nicht ein Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN, sondern der permanente Verstoß der Rechten gegen Buchstaben und Geist des Grundgesetzes.

Frau Merkel sagte kürzlich auf dem CDU-Parteitag, dass wichtig sei, „was unten ankommt vom Aufschwung“. Das ist die Weiterentwicklung der Losung ihres Ziehvaters Kohl, der meinte: Wichtig sei nur, „was hinten rauskommt“. Wenn aber nun wirklich, von dem, was hinten rauskommt mehr unten ankommt, ist die Lage der Unterschichten noch beschissener! Das ändert sich erst, wenn nach den Vorschlägen der LINKEN mehr von dem, was oben reinkommt, unten ankommt.

Nach den Dopingbeichten der Radfahrer soll der Bundestag die Anti-Doping-Gesetze verschärfen. Hilft das wirklich? Kaum. Konsequenter wäre, die Live-Übertragungen von Radrennen einzustellen und die Ergebnisse nur in der Apothekerzeitung zu veröffentlichen.

Einige Bundesländer wollen bei den Schulzeugnissen wieder Kopfnoten für Fleiß, Disziplin und soziales Verhalten einführen. Die Unternehmerverbände unterstützen das. Ja, klar! Wenn da steht: „Er ist verantwortungslos, habgierig und betrügt seine Mitschüler“ – dann weiß man gleich: Das wird ein Vorstandskader für Siemens, VW oder die bayerischen Fleischfabriken!

Wie erklärt sich die wachsende Jugendkriminalität? Das ist eine Folge der kriminellen Jugendpolitik. Was die Regierung bei den Jugendclubs einspart, muss sie beim Jugendknast drauflegen.

Die Kosten der Altersversorgung explodieren. Wann explodieren die Alten? Das ist eine Frage der Taktik: Wenn die Alten mehrheitlich bis zum 100. Geburtstag durchhalten, trifft das die Kasenvorstände viel härter als alle Protestaktionen!

Wie lange wird die Linkspartei noch vom Verfassungsschutz beobachtet? Das hört spätestens auf, wenn sie den Innenminister stellt.

Wenn DIE LINKE für ihre Beteiligung an Aktionen der Bündnispartner Kopfgeld nehmen würde, hätten unsere Vorstände keine Finanzsorgen. Links ist, wenn man trotzdem hingeht.

Eine Forschungsgruppe der Freien Universität Berlin prüfte bei Schülern der 10. und 11. Klassen im Land Brandenburg das Wissen über die DDR. 72 % sehen in der DDR einen erstrebenswerten Sozialstaat. Wie ist das zu bewerten? Positiv! Das beweist, dass trotz PISA, BILD und Privatsender die politische Bildung der Schüler – dank Oma und Opa – Fortschritte macht.

Wie kommt es, dass sich viele Fernsehzuschauer früher mit drei Programmen besser informiert und unterhalten gefühlt haben als heute mit 30 Programmen? Das hat technische Gründe: Die Verflachung der Programme war Voraussetzung für die Einführung der Flachbildschirme.

Kauf einer Klausurtagung ihre Wahllosung beschlossen hat: „Freiheit statt Sozialismus!“ Aber war das nicht schon vor 20 Jahren die zentrale Losung der Union? Ist nicht inzwischen das ganze sozialistische Lager auseinandergebrochen? Hat

Nachgedanken I: Hauptversammlung - Geschichte

Die Fortsetzung des Streites um den „Stein des Anstoßes“ in Friedrichsfelde auf unserer Hauptversammlung war zu erwarten. Auch die Heftigkeit dieses Streites. Aber häufig wird vergessen, dass wir von einer gemeinsamen Grundlage her argumentieren. Ich habe niemanden erlebt, der/die in unserem Bezirk die Stalinschen Verfolgungen und Mordkampagnen, denen Hunderttausende zu Opfer fielen, verteidigt. Niemand verteidigt das GULAG-System. Allerdings wird dies oft den z.B. den Gegnern dieses Steines unterstellt. Von denen glaubt nun wieder mancher, eine Argumentation für diesen Block wäre finsterner Verrat an der sozialistischen Idee. Ich denke, ist das für mich einer der Erkenntnisse der Geschichtsdiskussion unserer Hauptversammlung, es ist an der Zeit, einen Moment innezuhalten und verbal abzurüsten. Linke neigen dazu, in ihren Diskussionen so heftig aufeinanderzuschlagen, dass die daraus resultierenden Wunden nur schwer und manchmal gar nicht verheilen. Damit fängt Stalinismus an, damit fing er an. Dass dieser Begriff von unseren politischen Gegnern als Kampfbegriff gegen die Linke gebraucht wird, sollte uns nicht dazu verführen, ihn ohne Nachdenken auf den

Nachgedanken II: ... nicht nur Geschichte

Wie zu erwarten, riefen Passagen des Leitantes des BV Widerspruch hervor. Die Ansicht, wir müssten uns mit der Geschichte des Stalinismus auseinandersetzen, wurde von allen Redenden in der Diskussion geteilt. Doch der Vorschlag des BV zum individuellen Gedenken wurde von einigen als unzureichend und bevormundend empfunden. Auch Klaus Lederer musste sich zu der Unterstützung des Vorschlag durch den Landesvostand verteidigen. Doch auch wenn die Diskussion hitzig geführt wurde, blieb sie insgesamt fair. Allen war klar, dass es hier um uns, unsere Geschichte und die Zukunft des Sozialismus geht. Der Leitartikel wurde mit Wolfgang Brauers Vorschlag einer Auslobung eines künstlerischen Wettbewerbs für den Stein von den Delegierten angenommen. Aufgelockert wurde die Hauptversammlung durch die Gedankensplitter von Günter Herlt. Sie brachten die Delegierten nach der Mittagspause und

die Linken aller Länder nicht Heulen und Zähneklappern erfasst beim Vormarsch des Turbo-Kapitalismus?

Und nun, nach zwei Jahrzehnten, stellt sich heraus: Der Sozialismus ist gar nicht tot. Das Gespenst geht noch immer um in Deutschland und der Welt! Kein Stoiber und kein Kohl, keine Treuhand oder Deutsche Bank konnten Marx und Engels erwürgen! Im Gegenteil: DIE LINKE hat die Kraft der zwei Herzen gefunden. Die SPD musste daher den Sozialismus wieder ins Programm schreiben.

Selbst Christdemokraten müssen mit uns für Mindestlöhne und gegen Hartz IV eintreten. Da hat nun das Großkapital ein paar Jährchen die Sau rausgelassen – ohne den verdammt Anpassungszwang an seine sozialistischen Widersacher – und schon kippt Deutschland nach links! Da muss doch der bayerische Volkssturm die Böller durchladen! Aber keine Angst, Genossen, da ist nur Schnupftabak drinnen. Also: Kopf hoch – und nicht die Hände!

Müllhaufen zu werfen. Ebenso gefährlich wäre es allerdings, ihn seiner historischen Konkretheit zu berauben und gleich jede Missetat eines übereifrigen Funktionärs oder jeden Bürokratismus (vor dem auch die DDR bekanntermaßen nicht gefeit war) als „Stalinismus“ zu brandmarken. Das Gegenteil eines Fehlers ist wieder ein Fehler. Die Hauptversammlung fand in der Frage des Umganges mit diesem Problem, wie ich meine, einen vernünftigen Weg: Einerseits nahm sie den Ruch des „Anordnens“ von Gedenken aus dem Leitartikel heraus. Wer eine Nelke am Stein niederlegen möchte, der möge es tun. Die Hauptversammlung ruft dazu auf. Ich werde dies an diesem Orte nicht tun. Ich halte den Stein nach wie vor für den falschen Stein am falschen Orte. Ich bin daher sehr froh, dass die Hauptversammlung meiner Anregung folgte, die Auslobung eines künstlerischen Wettbewerbs für die Gedenkstätte der Sozialisten vorzuschlagen, in dessen Umsetzung die Opfer des Stalinschen Terrors aus ihrer Anonymität geholt werden. Das ist überfällig. Wir diskutieren seit 17 Jahren darüber. Und es ist gut, dass unser Bezirksverband sich hier einig weiß.

Wolfgang Brauer

damit inmitten der Diskussion zu den Referaten der Arbeitsgruppen und Anträgen zum Lachen und Nachdenken. Politische Wahrheiten mit spitzer Zunge hätten unsere Genossinnen und Genossen auch gern öfter im politischen Alltag. Für die Kandidatur für den Bundesparteitag sowie Landesausschuss hatten sich nicht genug Frauen gefunden; so wurden aus der Hauptversammlung noch drei Frauen vorgeschlagen. Unsere jetzigen Delegierten waren jedoch bereits vorher Mandatsträgerinnen und -träger. Wenn wir unsere Delegierten also als Vertretung des Bezirksverbandes mit einem politischen Auftrag entsenden und vor allen Dingen Menschen aus der Basis haben wollen, müssen wir als BV intensiver nach Interessierten suchen und unterstützen. Die nächste Zeit verspricht, mit den elf Arbeitsgruppen zur Umsetzung der Beschlüsse der Hauptversammlung sowie mit den Parteitagern spannend zu werden.

Sandra Beyer

Kein Fußbreit den Faschisten!

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar lud die Vorsteherin der BVV, Petra Wermke, zur feierlichen Eröffnung der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA e. V.) ins Freizeitforum Marzahn ein.

Überschattet wurde die Veranstaltung von einem Aufmarsch von Rechtsextremisten, die versuchten die Veranstaltung zu stören, was dank massiver Polizeipräsenz verhindert werden konnte.

Angesichts von Nazi-Provokationen bei der Ausstellungseröffnung las Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle einen beklemmend aktuellen Text von Kurt Julius Goldstein (1914-2007), bis zu seinem Tode Ehrenvorsitzender der VVN - BdA und Ehrenpräsident des Internationalen Ausschwitzkomitees:

„Auch heute noch müssen wir zusehen, wie Neonazis die Verbrechen von Auschwitz leugnen, wie sie vor unseren Augen aufmarschieren, die Verbrechen der Nazis verherrlichen, wie sie einziehen in die Parlamente und die Köpfe und die Herzen vieler, nicht nur jungen Menschen vergiften. Als Überlebender von Auschwitz und Buchenwald, als Kämpfer in den Internationalen Brigaden muss ich sagen: Es liegt noch viel Arbeit vor uns.... Mein Wunsch und mein Tat ist: Niemals auf-

geben, immer daran denken, dass es eine Zeit gab, die dunkler kaum sein kann. Erinert Euch an uns, die wir in den Lagern nicht aufgaben, sondern jede noch so kleine Möglichkeit ergriffen, für Solidarität und Kameradschaft ein zu stehen.

Erinnert Euch aber auch unserer Fehler und Versäumnisse, denn auch sie gehören zu uns. Wiederholt nicht, den Antifaschismus allein einer Partei zu überlassen und enger und enger zu werden. Antifaschismus als einigendes Band muss offen für alle sein, die gegen Nazismus, Rassenwahn, Antisemitismus und Kriegstreiberei auftreten, die für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Kultur, Sprache, Religion oder Hautfarbe, mit verschiedenen Lebensentwürfen und Überzeugungen streiten....

Antifaschismus lebt von Widerspruch, bleibt deshalb lebendig im Disput und lebt fort im Respekt und gegenseitiger Achtung für den Nachbarn und Genossen....“

In ihrer Rede zu Beginn der Sitzung erinnerte Petra Wermke an den 63. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee und rief zum aktiven Widerstand gegen Rechtsextremismus und Faschismus auf.

Wie dringend die aktive Auseinandersetzung mit den Umtrieben neofaschistischer Gruppen ist, zeigt auch das dreiste Agieren der NPD in der BVV.

Gleichwohl der Verordnete Burckhardt (NPD) in einer persönlichen Erklärung die Opfer des Nationalsozialismus bedauerte, zeigte die Fraktion mit einer Reihe von rechtspropagandistischen Anträgen, wessen geistiges Kind sie ist.

Neben den üblichen Hetzanträgen (Abschiebung krimineller Ausländer, härtere Bestrafung von kriminellen Ausländern - bei deutschen Opfern versteht sich- Einführung von 10 Euro Mindestlohn in Marzahn-Hellersdorf „für jede Arbeit“) schoss der Verordnete Wichmann mit dem Antrag auf eine Gedenkfeier für Friedrich II. von Preußen und einer hochnotpeinlichen Laudatio den Vogel ab. Alle Anträge der NPD wurden von den demokratischen Verordneten entschieden zurückgewiesen und einstimmig abgelehnt.

Erfreulich hingegen eine Personalentscheidung: Nachdem Bernd Mahlke (SPD) aus Krankheitsgründen sein Amt niedergelegt hat, stand die Neubesetzung des stellvertretenden Bürgermeisters an. Zur Wahl stand der Stadtrat für Finanzen, Schule und Sport Stefan Komoß (SPD), der im ersten Wahlgang mit 35 Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen gewählt wurde.

Es bleibt zu hoffen, dass die volle Funktionsfähigkeit des Bezirksamts möglichst schnell wieder hergestellt und der noch ausstehende Bezirksamtsitz besetzt werden kann.

Torsten Kläring

Aus dem Bezirksvorstand

Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden in einem Sonderdruck publiziert, dieser ist neben den Delegierten der Hauptversammlung und Mitgliedern einem breiten Kreis von Interessenten zugänglich. In Auswertung der Hauptversammlung fand bereits ein Pressegespräch, zu dem Norbert Seichter und Klaus-Jürgen Dahler die regionale Presse eingeladen hatten, statt.

Wie bereits auf der Hauptversammlung ging es auch in der nachfolgenden Sitzung des Bezirksvorstands um das Thema „Stalinismus“. Es wird notwendig sein, dass wir uns weiterhin in der gesamten Breite des Beschlusses der Hauptversammlung engagieren. Der Bezirksvorstand fordert alle Mitglieder auf, in den gebildeten 11 Arbeitsgruppen mitzuwirken. Die Arbeitsgruppen sollen sich bis Ende März konstituiert haben.

Zu einer Basiskonferenz zum Thema „Soziale Stadt“: Wie in der gesamten Bundesrepublik, wächst auch in Marzahn-Hellersdorf die Armut, vertieft sich die soziale Spaltung. Schon seit längerem fasst der Bezirksvorstand eine Basiskonferenz zu diesem Thema ins Auge, Termin dafür ist der 7. März 2008, 18Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin.

Zur Erarbeitung einer Studie zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf: Der Bezirksvorstand bekennt sich zu einer Studie unter Beteiligung der kommunalen Verwaltung. Dazu sollen Konsultationen mit den betroffenen Parteien erfolgen.

Wilfried Maier

Delegiert

Den Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf der LINKEN werden folgende Genossinnen und Genossen auf dem 1. Bundesparteitag der LINKEN als **Delegierte** vertreten:

Sandra Beyer
Wolfgang Brauer
Hassan Metwally
Petra Pau
Dagmar Pohle
Björn Tielebein

Ersatzdelegierte sind:

Erika Preußner und
Sabine Schmidt

Mehr LINKE im Internet:

die-linke.de
die-linke-berlin.de
dielinke-marzahn-hellersdorf.de
petrapau.de

Bei anderen gelesen:

Zitat der Woche unter
<http://zitate.net/>

***Nenne dich nicht arm,
weil deine Träume nicht
in Erfüllung gegangen sind;
wirklich arm ist nur,
der nie geträumt hat.***

Marie von Ebner-Eschenbach
13.09.1830 - 12.03.1916
österreichische Schriftstellerin

Kommunalpolitische Infosplitter

Es geht doch was!

Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, wurde am 24. Januar 2008 im Freizeitforum eine Ausstellung des VVN-BdA e.V. „Neofaschismus in Deutschland“ eröffnet. Bürgermeisterin Dagmar Pohle und Prof. Langendorf, einer der Vorsitzenden des VVN-BdA Berlins, sprachen mahnende Worte zur Eröffnung, die unter erheblichem Polizeischutz stattfand. Vor Beginn der Veranstaltung war durch die Polizei der Aufmarsch von ca. 30 Anhängern der NPD unterbunden worden.

In der nachfolgenden Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung erinnerte Vorsteherin Petra Wermke an die Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 1945 und wie notwendig es ist, die Auseinandersetzung mit Neofaschismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit fortzusetzen.

Am 27. Januar 2008 fand eine Kranzniederlegung, als gemeinsame Veranstaltung der BVV, des Heimatvereins und des Bezirksamtes an der Stele für die ZwangsarbeiterInnen auf dem Parkfriedhof Marzahn statt. Anwesen waren Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin, Petra Wermke, Wolfgang Brauer, Vorsitzender des Heimatvereins, die Stadträte Dr. Manuela Schmidt und Norbert Lüdtker, Vertreter der LINKEN, von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Mitglieder des Vorstandes des Heimatvereins und Mitglieder des VVN-BdA.

Die Vorsteherin der BVV, Petra Wermke, sowie die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien trafen sich am 24. Januar 2008, schon traditionell, mit Kameradinnen und Kameraden des VVN-BdA von Marzahn-Hellersdorf zu einem Gespräch. Anwesend waren auch Bürgermeisterin Dagmar Pohle, sowie die Stadträte Dr. Manuela Schmidt und Stefan Komoß (SPD) und weitere Bezirksverordnete.

Galerie M

Das Bezirksamt hatte in Verhandlung mit dem Vermieter, der DEGEWO, für das Jahr 2007 erreicht, das eine mietfreie Nutzung durch den Bezirk möglich war. Die DEGEWO erwartet für 2008 jedoch die Zahlung der jährlich anfallenden Betriebskosten (21 000€). In den Plan für den Doppelhaushalt 2008/2009 sind 6000 € für die Bewirtschaftung eingestellt. Es sind also weiterhin Verhandlungen mit dem Vermieter notwendig, um den Standort weiter zu erhalten. Für 2008 sind 8 Ausstellungen geplant.

Bürgeramt Biesdorf Süd

Am 31. Januar 2008 wurde das neue Bürgeramt am Elsterwerdaer Platz eingeweiht.

Barrierefreiheit

Von den 325 öffentlich zugänglichen Gebäuden im bezirklichen Vermögen sind 70 Ge-



Die Stele zum Gedenken an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im Parkfriedhof Marzahn. Foto: Y. Rami

bäude behindertenfreundlich (Gebäude, die im Erdgeschoss barrierefrei erreichbar sind und mindestens eine behindertenfreundliche WC-Anlage haben) und 81 Gebäude behindertengerecht hergerichtet. Im Bezirk gibt es bisher 22 Einrichtungen, die das Signum „Berlin barrierefrei“ erhalten haben.

Stadtumbau 2008

An der Ulmen-Grundschule und der Archard-Grundschule erfolgen Ausbau- und Neubaumaßnahmen für die Nutzung als Ganztagsgrundschulen, am Feldberger Ring wird eine Jugendfreizeiteinrichtung neu gebaut, in der Rhinstraße, in der Gutenbergstraße und in der Alten Hellersdorfer Straße finden umfangreiche Straßenbauarbeiten statt, die Arbeiten auf dem Helene-Weigel-Platz und auf dem Alice-Salomon-Platz werden fortgesetzt, neu gebaut werden der Guthmannplatz und der Stadtteilpark Ost (Hellersdorf), Sanierungsarbeiten werden am Ehrenmal Brodauer Straße und auf dem Hummelplatz durchgeführt, die Schulhöfe von sechs leerstehenden Schulen und die Flächen von vier Kitas werden rückgebaut.

Renate Schilling

Die monatliche Sprechstunde der Abgeordneten Bärbel Holzheuer-Rothensteiner fand im Januar im multikulturellen Zentrum „Babel“ e.V. statt.

Wir trafen wir uns nach ca. einem Jahr wieder mit Herrn Shiferaw und hörten, dass sich viel getan hat.

Wichtig waren Aktionen gegen rechtsradikale Aktivitäten im Umfeld des Hauses. „Schön“, so der Leiter, „dass wir uns der Solidarität vieler sicher sein konnten.“ Ein ganzes Jahr wurde an dem einmaligen Filmprojekt unter dem Titel „Jetzt erst recht“ gearbeitet, bei dem sich viele Akteure, Mitarbeiter der Stadtteilzentren und Ehrenamtliche für Toleranz und respektvollen Umgang mit den verschiedenen Kulturen ausgesprochen haben. Aber gerade im Haus Babylon kommt noch die Neugier dazu, einmal anderes kennenzulernen - sei es in den interkulturellen Kochstunden oder dem Puppentheater mit Geschichten aus aller Welt. Glücklicherweise berichtete der Leiter des Hauses, dass das interkulturelle Puppentheater weiter gefördert wird und ein so einzigartiges Angebot für Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene im Bezirk erhalten bleibt.

Herr Shiferaw dankte Bärbel Holzheuer-Rothensteiner für ihr Engagement. Anfang des Jahres 2007 war schon beinahe der Schlussstrich unter dieses Projekt gezogen worden, nach dem Motto: Nichts geht mehr. Aber es ging doch noch etwas. Auch durch ihren persönlichen Einsatz, ihre Intervention beim Jobcenter hatte das Puppentheater die Möglichkeit zu einer besonderen Präsentation bekommen. Dieses beeindruckte mit der Darstellung der unermüdlichen Arbeit vieler Kolleginnen und Kollegen, vieler ehrenamtlicher Kräfte, die originelle und wunderschöne Bühnenbilder herstellen, mit farbenfrohen, glitzernden Kostümen und auch mit schauspielerischer bzw. Sprechleistung. Die Zuschauer werden in weit entfernte Welten entführt.

So wurde beschlossen, eine Weiterführung des Projektes zu prüfen und in diesem Jahr wird über ein dreijähriges ÖBS-Projekt zur Unterstützung des Puppentheaters entschieden.

Es wäre vermessen anzunehmen, allein das Engagement der Abgeordneten habe das bewirkt, aber mitgeholfen hat es auf jeden Fall. Sorgen machen Herrn Shiferaw die eingeschränkten Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement, Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit Ämtern, sich widersprechenden Aussagen, Antragstellung und Abrechnung genutzter Gelder betreffend. Die Träger sind auf die Ehrenamtlichen, ihr begeistertes Engagement, ihren enthusiastischen Einsatz bei der Arbeit angewiesen. Bürokratie hält oft genug von der eigentlichen Arbeit ab. Vielleicht auch ein Thema für unsere Basiskonferenz zum Thema „Soziale Stadt“, die im März stattfinden wird.

Sabine Schwarz

Aus dem Siedlungsgebiet

Bürgeramt Biesdorf Center am Elsterwerdaer Platz öffnete am 1. Februar 2008

DIE LINKE hat sich in ihrem Wahlprogramm für die Weiterentwicklung der Bürgerkommunen zur Festigung der Zivilgesellschaft ausgesprochen. Wichtige Bestandteile sind die vorhandene Stadtteilstruktur und die bürgernahe Verwaltung. Eine Reihe von Dienstleistungen und Verwaltungsaufgaben kann über bezirkliche Bürgerämter umgesetzt werden. Mit der Eröffnung des neuen Bürgeramtes Biesdorf Center besitzen jetzt die Siedlungsgebiete zwei gut erreichbare Bürgerämter. Trotz großer Haushaltseinsparungen haben die Bezirksverordneten und das Bezirksamt hier einen zu den Wahlen von der LINKEN versprochenen Schwerpunkt umgesetzt. Das Biesdorf Center am Elsterwerdaer Platz ist durch den Anschluss an die U-Bahn U5 und zahlreichen Buslinien durch den Nahverkehr gut erreichbar. Für die Ortsteile Kaulsdorf und Mahlsdorf bleibt der Standort des Bürgeramtes in Mahlsdorf, Hönower Straße 91 erhalten. In den Großsiedlungen Marzahn und Hellersdorf werden die Bürgerämter in der Hellen Mitte und in der Marzahner Promenade weiter arbeiten. Wer seine Wohnung anmeldet, Fahrzeugpapiere ändern lassen will, einen Antrag auf Grundsicherung oder Erziehungsgeld stellt, Unterlagen oder Zeugnisse beglaubigen lassen möchte oder seinen Personalausweis, Pass bzw. seine Fahrerlaubnis ändern lassen möchte, der kann dieses in allen Berliner Bürgerämter tun. Dabei besteht die Möglichkeit, einen Termin über das Internet zu vereinbaren. Auf der Web-Seite des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf kann ein entsprechendes Kontaktformular heruntergeladen bzw. ausgefüllt werden. Vom 1.2. - 23.2. bleibt das Bürgeramt in der Hellen Mitte wegen Bauarbeiten geschlossen.

Klaus-Jürgen Dahler
Fraktionsvorsitzender

Besuch in Theresienstadt

Würde man diese kleine Ortschaft nördlich von Prag nicht mit dem Schrecken des geplanten und organisierten Vernichtungsfeldzuges von jüdischen Menschen, dem die Nazis von 1940 bis 1945 hier eine bedeutende Rolle zusprachen, verbinden, wäre es ein schöner Herbsttag in einer schönen Umgebung gewesen. Die Laubfärbung hatte eingesetzt, das Licht der Sonne war warm, nicht grell.

Die Besucher, eingeladen von Adolf Burger und der Rosa-Luxemburg-Stiftung waren nicht das erste Mal in einer solchen Gedenkstätte, es waren Lehrer, Multiplikatoren der politischen Bildungsarbeit. Trotzdem schockierte und entsetzte der Zynismus, mit dem jüdische Menschen hierher gelockt wurden, ihnen ein ruhiges Leben versprochen und für den Kauf einer Wohnung alles Geld abgenommen wurde, die letzten Endes hier oder in anderen Konzentrationslager starben oder getötet wurden. Von den 87.000 Gefangenen, die mit diesen Transporten wegfuhrten, überlebten nicht ganz 4000 den Krieg. Von der Entstehung bis zum 20. April 1945

Politische Bildung:

Karl Liebknecht: Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung

Karl und Rosa haben die Kommunistische Partei Deutschlands mit gegründet. Diese Biographik ist vielen wohl vertraut. Davon war zu DDR-Zeiten das offizielle Luxemburg-Lieb-knecht-Bild geprägt. Weniger bekannt ist, dass Karl Liebknecht sich seit der Studentenzeit sein Leben lang mit theoretischen Problemen der Gesellschaftsentwicklung beschäftigt hat.

Ausgangspunkt waren der Streit um das geistige Erbe seines Vaters und spürbare Tendenzen zur Dogmatisierung und Vulgarisierung des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie. Zugleich schienen ihm Marx' Erkenntnisse für das 20. Jahrhundert unzureichend. Als Rechtsanwalt, Politiker und Familienvater blieb ihm allerdings kaum Zeit für gesellschaftstheoretische Studien. So paradox es klingt, vor allem in Haftzeiten bot sich dafür ausreichend Gelegenheit. Während seiner Festungshaft in Glatz (1907-1909) und insbesondere im Zuchthaus Luckau (1916-1918) entwickelte Lieb-knecht seine Vorstellungen über „Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung“.

Sofern neben Schuhmacherei und Tütenkleben, dem Reagieren auf aktuelle politische Entwicklungen, insbesondere nach der russischen Revolution im November 1917 und der immer schärferen Verfolgung linker Opposition, der Sorge um Familie und Freunde und der Arbeit an den Manuskripten „Das Zuchthausurteil“ und „Die Internationale der Rüstungsindustrie“ noch Zeit für systematische Gedankenarbeit blieb, dann las er, war auf der Suche und schrieb. Er suchte nach einem originären System für das Erkennen von Gesetzmäßigkeiten und Gesetzwidrigkeiten in Natur und Gesellschaft, um das Handeln der Menschen in der Geschichte

erklären zu können. Besonders interessant sind seine visionären Gesellschaftsvorstellungen eines „neuen allumspannenden Humanismus“ im Entwurf der „Bewegungsgesetze“. Schon das Inhaltsverzeichnis gibt einen Einblick in den Umfang und die gedankliche Orientierung. Hier ein Auszug: Inwelt und Umwelt, Das organische Prinzip, Das Schema der menschlichen Funktionsbeziehungen, Wesen und Maßstab der Kultur, Vom Darwinismus, Die Hierarchie der Entwicklungsfaktoren.

Liebknachts „Bewegungsgesetze“ wurden als Studien 1922 postum unter dem Pseudonym Dr. Morris von Rudolf Manasse – allerdings mit gravierenden Änderungen – herausgegeben. Sie sind Fragment geblieben. In die „offizielle“ marxistisch-leninistische Theorie der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts passten seine Visionen nicht. Deshalb schrieb Sophie Liebknacht am 21. März 1961: „Das unvollendete Werk mag kritisiert werden, es ist aber mit dem ganzen Wesen K. L-s aufs engste verbunden und deshalb zum näheren Verständnis seiner Weltanschauung unentbehrlich.“ Dennoch wurde das Manuskript 1972 nicht in die neubändige Liebknacht-Edition des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED aufgenommen. Auf dem jetzigen Forschungsstand wurden „Die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung: Fragment“ erstmals von Thomas Schulze 1995 herausgegeben.

Annelies Laschitzka hat in ihrer neuen Biographie „Die Liebknachts“ (Berlin 2007) eine lebendige Schilderung des Entstehungsprozesses und der „geheimten“ Rezeption durch die politische Linke gegeben. Es lohnt sich, beide Bücher zu lesen.
Dr. Wolfgang Girmus



In Theresienstadt

Foto: S. Schwarz

wurden ungefähr 140.000 Männer, Frauen und Kinder nach Theresienstadt deportiert. Während der letzten Kriegstage waren es noch einmal 15.000 weitere Häftlinge aus Konzentrationslagern, die wegen der vorrückenden Front auf polnischem oder deut-

schem Gebiet geräumt wurden. Tot oder völlig erschöpft kamen sie hier an. Mit ihnen wurde auch eine Typhusepidemie ins Lager geschleppt, die auch viele, nach der Befreiung durch die Rote Armee, Krankenschwestern und Ärzte noch das Leben kostete.

Unter den Ermordeten waren auch Tausende Kinder, von denen nur Zeichnungen zurückblieben, die für die ganze Welt zum Symbol der Ungeheuerlichkeit „der Endlösung“ und einem dauerhaften Memento

wurden, das auch die Nachkriegsgenerationen mahnt.

Sabine Schwarz
Leiterin der AG Politische Bildung

„Die schreiben dein Leben auf, wie du es nie gelebt hast“

Am 31.7.2007 werden in Brandenburg drei Männer verhaftet, am Tag darauf der an der Humboldt-Universität lehrende Stadtsoziologe Andrej Holm. Ihnen wird nach §129a des Strafgesetzbuches die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen, belegt angeblich durch mehrmalige Brandanschläge auf Bundeswehrfahrzeuge sowie im Falle Holms durch fadenscheinige Verbindungen zwischen ihm und einem der Mitglieder der so genannten „Militanten Gruppe“.

Holm habe in seinen wissenschaftlichen Arbeiten Phrasen verwendet, die mit denen in Bekennerstreifen der MG stark übereinstimmen. Schlagwörter wie z.B. „politische Praxis“ sowie „implodieren“. Noch stärker wiegt der Intellektuellen-Vorwurf, schließlich sei Holm laut Bundesanwaltschaft als

promovierter Soziologe in der Lage, die anspruchsvollen Texte der militanten Gruppe zu verfassen. Darüber hinaus wurde noch das Moment des angeblich konspirativen Verhaltens ins Feld geführt: sich mit jemandem zu treffen, ohne das Handy mitzunehmen, anonyme E-Mail-Accounts benutzen, verschlüsselte E-Mails versenden.

Das alles reicht nun, um in Deutschland Menschen mit alternativer Gesinnung als Terroristen zu kategorisieren. Menschen, die offensiv gegen Prozesse wie Gentrifizierung, Privatisierung und Prekarisierung vorgehen.

Andrej Holm ist nach Prüfung durch den Bundesgerichtshof am 22.08.2007 wieder freigelassen worden, die Vorwürfe gegen ihn als haltlos zurückgewiesen. Nichtsdestotrotz ermöglichen Intellekt und Gesinnung es nach §129a, als (zu) kritischer Wissenschaftler kriminalisiert und drei Wochen unter Arrest gesetzt zu werden.

Unterdessen sind auch die Haftbefehle gegen die drei anderen Verhafteten durch den Bundesgerichtshof außer Vollzug gesetzt worden. Der zuständige Strafsenat stellt fest, dass es sich bei der militanten Gruppe nicht um eine terroristische, sondern um eine kriminelle Vereinigung handelt.

Marcus Wolf

Kontakt zur Linksjugend:

Geschäftsstelle DIE LINKE
 Marzahn-Hellersdorf
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

Internet: www.linksjugend.org
 E-Mail: linksjugend@web.de

... die große Klappe von Herrn Koch und seinen Gang-Kumpels ...

Die Diskussion um Jugendkriminalität in den ersten Wochen dieses Jahres hat gezeigt, dass zwischen einem Halbstarren auf der Straße und einem Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei manchmal kaum ein Unterschied besteht. Während der eine mit seiner großen Klappe versucht, seine

Kumpels oder ein Mädchen zu beeindrucken, will der andere mit seinem Krawall die von seinen letzten Jahren Regierung enttäuschten Wähler beeindrucken. Aber während der eine im Zweifelsfall gezwungen ist, für sein großes Maul persönlich gerade zu stehen, kann sich der andere hinter Polizei und dem ganzen staatlichen Gewaltapparat und im Falle von Herrn Koch, dem hessischen Ministerpräsidenten, sogar hinter der Bundeskanzlerin verstecken.

Nun könnte man die große Klappe von Herrn Koch und seinen Gang-Kumpels von der CDU als das übliche Wahlkampfgetöse abtun, aber leider bleibt dabei die notwendige ernsthafte Debatte über wirksame Mittel gegen Jugendkriminalität und Jugendgewalt und das

F wie Frieden

Frieden ist das höchste Gut der Menschheit. Eine Welt frei von militärischen Konfliktlösungen ist notwendig, damit gesellschaftliche Probleme keine Opfer unter der Zivilbevölkerung mehr fordern. Diplomatische Wege müssen eingeschlagen werden. Auch wenn dies die Schwierigkeit unüberwindbar scheinender Differenzen mit sich bringt. Die Verantwortlichen müssen sich darauf einlassen, damit von militärischen Lösungen nach dem Motto „der Stärkere gewinnt“ endlich Abschied genommen werden kann.

Zudem ist es von entscheidender Bedeutung, Konfliktursachen zu beseitigen. Dazu gehört, die Spaltung der Welt in arm und reich zu überwinden und gemeinsam die globalen Herausforderungen unserer Zeit, wie z.B. Klimawandel oder Zugang zu Trinkwasser und Energie, in Angriff zu nehmen.

Ebenso müssen sofort alle Rüstungsexporte gestoppt und Rüstungsausgaben drastisch gekürzt werden. Alle chemischen, biologischen und nuklearen Waffen sowie Minen jeglicher Art müssen verboten werden.

Christian Schwinge



heißt die Debatte über ihre Ursachen auf der Strecke. Inzwischen wird mehr über Koch als über das eigentliche Problem gesprochen. Allerdings ist Herr Koch eben auch ein Teil des Problems. Er ist Vertreter einer Politik, die bei Jugend immer nur an Bestrafung, Verbote und Maßregelung denkt und darüber Ausbildung und die Schaffung von Chancen vergisst. Es sind aber eben gerade Chancen- und Perspektivlosigkeit, die Jugendliche zu Gewalt und Kriminalität treiben – mehr als jedes so genannte „Killer“-Computerspiel, von dem die meisten Kritiker ohnehin nur das wissen, was die BILD geschrieben hat. Wer ernsthaft etwas gegen Jugendkriminalität tun will, muss jungen Menschen auch Chancen geben, ihre Träume legal zu realisieren.

Hassan Metwally

Veranstaltungen

» **12.2., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „Das Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte Berlin - ein aktiver Ort für Kultur, Historie und Forschung in Marzahn“, Referent: Gerd Winkler (ZGA Berlin), Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **18.-23.2.**, Berlin-Brandenburg-Woche der LINKEN und Gewerkschaften: Thema „**Mindestlohn Ost**“

» **18.2., 19.30 Uhr**, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, **öffentliche Basisgruppenversammlung** zum Thema: „Venezuela - Cuba - Sí!“ mit dem ehemaligen Botschafter der DDR in Venezuela, Otto Pfeiffer; dem Mitglied des Vorstandes der Humboldt-Gesellschaft, Gerhard Merschenk; der Beobachterin des Verfassungsreferendums in Venezuela, Roswitha Yildez

» **27.2., 19 Uhr**, Otto-Nagel-Schule, Schulstraße 11, 12683 Berlin, **Einwohnerversammlung** Biesdorf

» **27.2., 11 Uhr**, Benennung des Platzes Kieler Straße/Am Rosenhag in 12623 Berlin nach der jüdischen Familie Guthmann aus Berlin-Mahlsdorf, die dem Holocaust zum Opfer fiel

» **29.2., 9 Uhr, 3. Unternehmerfrühstück**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, mit Petra Pau (MdB), Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und Senatorin Katrin Lompscher

» **8.3., 13 Uhr**, „Rosen für Clara“ - am Clara-Zetkin-Denkmal in Marzahn, Clara-Zetkin-Park, zwischen Flämingstraße, Niemecker Straße und Wittenberger Straße, 12689 Berlin

Siegfrieds Frage

Der „Bolkestein-Hammer“ ...

... schwingt weiter über den Köpfen aller Europäer. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist seit 2007 in Kraft, bis Ende 2008 erfolgt ein „Normenscreening“ und alle Mitgliedstaaten haben die noch erforderlichen Gesetze bis zum 28.12.2009 zu verabschieden. Wie es scheint, setzt Deutschland - trotz Hilfsbremsen wie Arbeitnehmer-Entsende-Gesetz im Baugewerbe - weiter auf das Herkunftslandprinzip und die abzuwartende Wirkung der „negativen Integration“ (das Recht aller EU-Staaten gilt wechselseitig anerkannt in allen EU-Staaten).

Den Vertrag von Lissabon soll der Bundestag schon am 24./ 25. April 2008 ratifizieren!

Im EL-Konsens forderte die LINKE-Bundestagsfraktion hierzu u. a.:

- allen Bürgern den vollständigen Text zur Kenntnis zu geben,
- am Grundgesetz-Prinzip der Sozialstaatlichkeit festzuhalten,
- wirtschaftspolitische Neutralität und Rechtsschutz zu gewährleisten,
- auf militärischen Aufrüstungszwang zu verzichten und
- Volksabstimmungen durchzuführen.

Frage

Wie wird die Bundesregierung mit der Forderung umgehen und wie der Deutsche Bundestag den Antrag (Drucksache 16/7484 vom 12.12.2007) der Fraktion DIE LINKE behandeln? **R. Rüdiger**

Bezirksvorstand

» **12.2., 26.2.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **5.3.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55
 » **5.3.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64 (bitte telefonisch erfragen bzw. im Internet nachsehen)

» **6.3.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» **6.3.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

Basistreffen

» **7.3.**, 18 Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Thema : Soziale Stadt

IG / Freundeskreis

» 21.2., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

» 21.2., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Rentensprechstunde

» **18.2., 3.3., 17.3.** jeweils 10-12 Uhr in den Räumen des ver.di-Kieztreffs in den Ringkolonnaden, Mehrower Allee 28/30, Hilfe beim Antragstellen, Umgang mit Bescheiden

Sprechstunden

» **7.2., 15 - 17 Uhr, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (MdB), LINKER TREFF, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» **13.2., 19.30 Uhr, Wolfgang Brauer** (MdB), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), 19.30 Uhr, Kiekl, Rosenbecker Straße 25/27, 12689 Berlin

» **20.2., 18 - 20 Uhr, Petra Pau** (MdB), Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99289380

» **24.2., 16 - 17 Uhr, Dr. Margrit Barth** (MdB), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefon. Anm. unter 23252536

» **25.2., 17 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller** (MdB), Kino „Kiste“, Heidenauer Str. 10, 12627 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 99901561)

Offen: Montag 13 - 17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr,
Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: Jeden Mittwoch

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen solcher Beiträge vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 54 12 130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 4.2.2008. Auslieferung ab: 6.2.2008. **Druck:** Eigen-druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 6.3. und am 3.4.2008.